



www.gesundheitsbeirat-muenchen.de

## Arbeitskreis „Migration und Gesundheit“

Leitung: [REDACTED] Gesundheitsreferat

### Bericht 2023

Der Arbeitskreis „Migration und Gesundheit“ trifft sich seit 2023 wieder in Präsenz. Das Jahresthema „Armut und Gesundheit“ wurde nicht speziell behandelt, doch wurde im Rahmen der Sitzungen immer wieder auf die Situation von Familien nach Migration / Flucht, die von Armut betroffen sind, eingegangen.

Die Anlaufstellen für Menschen ohne Krankenversicherung und die Clearingstelle „Gesundheit“ für Menschen ohne Krankenversicherung, die Mitglieder des Arbeitskreises „Migration und Gesundheit“ sind, trugen aktiv zur 3. Münchner Armutskonferenz „Gemeinsam gegen Armut“ am 18.11.2023 bei (Informationen zur Situation von Menschen ohne Krankenversicherung, gemeinsamer Stand). Viele Mitglieder des Arbeitskreises „Migration und Gesundheit“ nahmen an der Gesundheitskonferenz zum Thema „Armut und Gesundheit“ am 12.10.2023 teil.

Bericht über die Sitzungen 2023:

#### 117. Sitzung am 25.01.2023:

##### 1) Einführung in das Jahresthema: „Armut und Gesundheit“ mit Fokus auf migrationsspezifische Aspekte (Vortrag)

- a. Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit
- b. Münchner\*innen mit Migrationshintergrund sind stärker armutsgefährdet als diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund
- c. Das Armutsrisiko der ausländischen Münchner\*innen liegt fast 2,5-mal so hoch wie das von Münchner\*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Münchner Bevölkerungsbefragung 2021)

##### 2) Jahresplanung 2023

## **118. Sitzung am 23.03.2023:**

### **1) Zugänge zum Gesundheitssystem: Sprach- und andere Kommunikationsbarrieren (z.B. Gesundheits- und Krankheitsverständnis) und deren Überwindung**

- a. Inhaltliche Einführung ins Thema
- b. Gruppenarbeit zur Überwindung von Sprach- und Kommunikationsbarrieren
- c. Vorstellung des Dolmetscherdienstes des Gesundheitsreferats für ärztliche Praxen und Kliniken in München

### **2) Ergebnisse:**

- a. Dolmetscherdienste sind unabdingbar, um den Zugang zu Beratungs- und Behandlungsangeboten zu gewährleisten; gleichzeitig ergeben sich in der beruflichen Praxis Grenzen beim Einsatz von Dolmetscherdiensten (z.B. in Akut- und Krisensituationen)
- b. Eine Finanzierung von Dolmetscherleistungen über das SGB V wird fachlich als notwendig angesehen und sollte als politisches Ziel verfolgt werden.
- c. Zusätzlich zu Dolmetscherdiensten nutzen Beratungsdienste vielfältige Methoden, um Kommunikationsbarrieren zu überwinden.
- d. Teams mit vielfältiger Sprachkompetenz sind anzustreben.

## **119. Sitzung am 07.06.2022:**

### **1) Migrationsspezifische Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bzw. derer Familien**

- a. Vorstellung von MINA Leben in Vielfalt e.V., Berlin
- b. Vorstellung der Fachstelle „Inklusion und Gesundheit“ und von Beratungsangeboten in München
- c. Vorstellung des Arbeitskreises „Migration und Behinderung“
- d. Vorstellung der Angebote des Selbsthilfezentrums

### **2) Ergebnisse:**

- a. Familien mit Migrationshintergrund und einem behinderten Kind haben zusätzlich zu Herausforderungen, die allen Familien mit einem behinderten Kind begegnen, zusätzliche migrationsspezifische Fragestellungen, Anliegen und Probleme.
- b. Häufige Probleme sind fehlende Kenntnisse über gesetzliche Leistungen und Hilfsangebote in Deutschland, Barrieren beim Zugang zu Leistungen und Hilfsangeboten sowie Schwierigkeiten, die Behinderung des Kindes anzuerkennen.

- c. Migrationspezifische Beratungsstellen und Angebote können für diese Familien eine große Unterstützung und Empowerment sein.

## **120. Sitzung am 19.10.2019**

### **1) Alter und Migration**

- a. Interkulturelle Altenhilfe und Langzeitpflege – Angebote und Aktivitäten der Landeshauptstadt München
- b. Die Alzheimer Gesellschaft München e.V. stellt sich vor: Welche Angebote für Menschen mit Demenz und für Angehörige von Menschen mit Demenz gibt es?

### **2) Ergebnisse**

- a. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund über 65 Jahren an der Münchner Bevölkerung hat in den letzten Jahren stark zugenommen; ein weiterer deutlicher Anstieg wird prognostiziert.
- b. Menschen mit Migrationshintergrund und dementiellen Erkrankungen und ihre Angehörige haben zusätzlich zu Herausforderungen, die allen Betroffenen begegnen, zusätzliche migrationspezifische Fragestellungen, Anliegen und Probleme.
- c. Häufige Schwierigkeiten sind fehlende Kenntnisse über gesetzliche Leistungen und Hilfsangebote in Deutschland, Barrieren beim Zugang zu Leistungen und Hilfsangeboten und migrationspezifische Problemstellungen, z.B. das Vergessen von Deutsch als später erlernte Sprache
- d. Die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen der Altenhilfe und Langzeitpflege ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Aufgabe, die in den letzten Jahren verstärkt angegangen wurde. Die Corona-Pandemie hat diesen Prozess leider unterbrochen, weil insbesondere die stationären Einrichtungen in diesen Jahren große Herausforderungen bewältigen mussten.

## Arbeitskreis „Frau und Gesundheit“

Leitung: ██████████ Gesundheitsreferat

### Bericht 2023

Der AK Frau und Gesundheit des Gesundheitsbeirats fand im Jahr 2023 vier Mal hybrid statt und hat sich in drei Sitzungen mit dem Jahresthema „Armut und Gesundheit“ beschäftigt. Für die Bearbeitung unter frauenspezifische Aspekte wurden Schwerpunkte gebildet:

**Gesundheit von Frauen mit Behinderungen:** Viele Frauen mit Behinderung verfügen nur über ein geringes Einkommen oder Grundsicherung und sind häufig von Armut betroffen. Es gibt nur wenig Daten zu ihrer gesundheitlichen Lage aber die vorhandenen Daten deuten darauf hin, dass ihre Gesundheit tendenziell schlechter als die Gesundheit von Männern mit Behinderungen oder Frauen ohne Behinderungen ist. Obwohl Vorgaben für ein inklusives Gesundheitssystem in Deutschland vorhanden sind, bestehen noch viele Barrieren in Gesundheitseinrichtungen und Arztpraxen.

Die Fachstelle „Inklusion und Gesundheit“ im Gesundheitsreferat (GSR) sowie die gynäkologische Sprechstunde für Frauen und Mädchen mit Mobilitätseinschränkungen wurden vorgestellt. Fazit: Die vorgestellten Maßnahmen wurden sehr begrüßt. Für eine inklusive Gesundheitsversorgung muss die ärztliche Regelversorgung im Stadtgebiet so weiterentwickelt werden, dass es irgendwann keine Spezialangebote mehr benötigt. Als besonders wichtig erachteten die Teilnehmer\*innen der Sitzung die kontinuierliche Sensibilisierung von medizinischen Fachkräften für die Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen.

**Gesundheitliche Situation von Frauen in der Prostitution/ Sexarbeit:** Im Jahr 2022 waren ca. 1000 Menschen in München in der Prostitution legal tätig. Es wird geschätzt, dass die Anzahl der Prostituierte/ Sexarbeiter\*innen im Dunkelfeld 8- bis 10-mal so hoch ist. Eine wichtige Ursache für Prostitution/ Sexarbeit ist finanzieller Not. Über 80% der Betroffene haben keine deutsche Staatsangehörigkeit und sind mit vielen Barrieren im Gesundheitssystem konfrontiert (fehlende Krankenversicherung, Sprachbarrieren, fehlende Informationen, Stigmatisierung und Schamaspekte usw.).

Die Beratung nach §10 Prostituiertenschutzgesetz des GSR sowie zwei Maßnahmen des Aktionsplans gegen Geschlechtsspezifische Gewalt der Landeshauptstadt München, um den Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten zu erleichtern und Ausstiegsmöglichkeiten zu verbessern, wurden vorgestellt und diskutiert.

**Erschöpfung von Frauen:** Die Vereinbarkeit von Familien und Beruf ist in München aufgrund der hohen Lebenskosten und der Inflation für viele Frauen unerlässlich. Gleichzeitig müssen Frauen heute angeblich alles erreichen und in allen Bereichen erfolgreich sein. Dies führt zu einer emotionalen, körperlichen und zeitlichen Überbeanspruchung und zur Erschöpfung.

Die Teilnehmer\*innen tauschten sich in Arbeitsgruppen zur Situation von Mädchen und junge Frauen, von Müttern und Frauen in Erwerbsarbeit sowie von ältere Frauen und von Frauen mit besonderen Bedürfnissen aus. Diskutiert wurden die Ursachen für die Erschöpfung und Verbesserungsmöglichkeiten auf einer individuellen und auf einer strukturellen Ebene. Als dringend notwendig wurden u.A. eine stabile-kontinuierliche Kinderbetreuung, eine bessere Vergütung von Pflegeberufe sowie den Ausbau von Beratungsstellen und ehrenamtlichen Strukturen gesehen.

Die **Unterarbeitsgruppen „Klima und Frauengesundheit“ sowie „Gewalterfahrungen unter der Geburt“** haben sich 2023 weiterhin getroffen. Es wurde u.A. eine Befragung zum Thema „Gewalterfahrungen unter der Geburt“ bei geburtshilflichen Einrichtungen in München durchgeführt. Ziel war es die Situation zu ermitteln, um ggf. daraus weitere Schritte und Maßnahmen ableiten zu können. Drei Geburtshäuser und fünf Kliniken haben sich beteiligt. Ergänzend werden Anfang 2024 Beratungsstellen und Expert\*innen mit einem Fokus auf die spätere Verarbeitung des Erlebten und langfristige Folgen im Rahmen von Interviews befragt.

## **Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft München-Stadt / Arbeitskreis „Psychiatrie“ des Gesundheitsbeirats**

Vorsitz: ██████████ Gesundheitsreferat

### **Bericht 2023**

#### **125. Sitzung am 08.03.2023 – digital**

In dieser Sitzung haben Mitarbeiter\*innen der Betreuungsstelle der LHM das neue Betreuungsrecht vorgestellt, das mit Beginn des Jahres 2023 in Kraft getreten ist. Das neue Gesetz stellt die Wünsche und Bedürfnisse der zu Betreuenden noch stärker in den Mittelpunkt und will mehr Autonomie und Selbstbestimmung ermöglichen. Dies trägt auch dem Art. 12 der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung, der besagt, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit Anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genießen.

Für die Umsetzung dieser Ziele bedeutet dies, dass Rechtseingriffe auf das notwendige Maß beschränkt werden müssen. Zudem ist der Vorrang anderer Hilfen und der „erweiterten Unterstützung“ gegenüber der rechtlichen Betreuung festgelegt. Dies wurde in der Sitzung kritisch diskutiert, da die „anderen Hilfen“, wie etwa Sozialpsychiatrische Dienste, Wohnangebote, Schuldenberatung, Arbeit und Beschäftigung etc. bei weitem nicht ausreichend zur Verfügung stehen und sie für langfristig unterstützende Begleitungen schwer erkrankter Personen zu wenig Kapazitäten haben. Wenn diese Dienste eine Betreuung anregen, sind die Möglichkeiten in aller Regel ausgeschöpft, trotzdem ist die Betreuungsstelle angehalten, kaum Betreuungen anzuregen – hier ergeben sich in der Praxis Konflikte.

Ein zweiter Beitrag thematisierte die Barrieren, die durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) für wohnungslose und (andere) schwer psychisch erkrankte Personen entstehen können. Das Prozedere zur Ermittlung des konkreten Hilfebedarfs vor einem Leistungsbescheid ist sehr hochschwellig und aufwändig, was zu vorzeitigen Abbrüchen und damit Ausfällen bei den Leistungserbringer\*innen führen kann. Es wurde die Gefahr thematisiert, dass damit der inklusive Gedanke des BTHG unterlaufen werden könnte. Der Beitrag löste eine vertiefte Diskussion zum BTHG aus.

#### **126. Sitzung am 11.07.2023 (Gemeinsame Sitzung mit AK Sucht, in Präsenz)**

Zum Jahresthema des Gesundheitsbeirats „Armut in München“ stellte die Fachstelle für Armutsbekämpfung den Münchner Armutsbericht vor. In der Diskussion wurden zunächst

verschiedene generelle Aspekte aufgegriffen, wie etwa der Unterschied zwischen Männern und Frauen oder die verstärkte Armut von Migrant\*innen.

Armut bezieht sich jedoch nicht nur auf das Einkommen, sondern auch auf gesellschaftlichen Einfluss und Inklusion. Dieser Aspekt wird im Armutsbericht an mehreren Stellen erwähnt. Menschen mit gesundheitlichen - auch psychischen - Problemen, sind in vielen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Dies trifft insbesondere auf Menschen mit stigmatisierten Erkrankungen zu. Bisher werden im Armutsbericht Menschen mit Suchterkrankung oder psychischer Erkrankung nicht speziell erfasst, obwohl diese Faktoren ein hohes Risiko für Armut darstellen. Das liegt auch daran, dass sich psychisch kranke und suchtkranke Menschen eher als krank definieren und weniger als explizit arm – und auch so wahrgenommen werden.

Die Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, in die arme Menschen in München schnell geraten können, ist eine wichtige Maßnahme der sozialen Arbeit, die auch im Gesundheitswesen beachtet und ggf. eingeleitet werden sollte. Es ist wichtig, dass auch Arztpraxen und andere Institutionen des Gesundheitswesens Kenntnisse haben, wie Wohnungslosigkeit vermieden werden kann, damit Patient\*innen rechtzeitig angesprochen und vermittelt werden können. Eine entsprechende Broschüre der Wohnungsnotfallhilfe Südbayern wurde in der Sitzung ausgegeben.

Als zweites Schwerpunktthema stellte das Koordinationsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) die Planungen für den 3. Münchner Aktionsplan vor. Dieser steht unter dem Generalmotto „Bewusstseinsbildung“ und soll neben Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen erstmals auch suchtkranke Menschen adressieren und einbeziehen. Die Erarbeitung des Aktionsplans wurde sowohl inhaltlich wie auch bzgl. des zeitlichen Rahmens vorgestellt. Bereits ab Oktober werden sog. Strategiegruppen einberufen, um inhaltliche für die konkreten Maßnahmen des Aktionsplans vorzuarbeiten.

In der gemeinsamen Diskussion wurde einerseits thematisiert, inwieweit Personen mit einer Suchterkrankung sich als Menschen mit einer Behinderung verstehen, die von der UN-BRK erfasst werden. Zumal auch Suchterkrankungen sehr verschiedene Lebenslagen und Identitäten umfassen. Zum anderen wurden bereits konkrete Vorschläge zur Beteiligung von Personen, Selbsthilfeorganisationen oder Trägern der Suchthilfe gemacht. Selbstverständlich sollen auch weiterhin Personen und Organisationen aus dem Bereich der psychischen Behinderung mitwirken.

### **127. Sitzung am 20.09.2023 – in Präsenz**

Themenschwerpunkt dieser Sitzung waren die Angebote der Selbsthilfe, es berichteten

- die Münchner Psychiatrieerfahrenen München e.V. (MüPE),
- die Aktionsgemeinschaft psychisch erkrankter Menschen München e.V. (ApK München) und
- der Verein EX-IN Bayern e.V..

MüPE und ApK machen Angebote zur Selbsthilfe, sind aber auch Selbstvertretungen im gesellschaftspolitischen Sinn und darin zunehmend gefragt. Durch ein weiter entwickeltes Verständnis für Teilhabe und Inklusion sind insbesondere die Selbstvertretungen zunehmend in Gremien und Planungsprozesse einbezogen.

EX-IN Bayern e.V. hat zum Ziel, die Expertise von Psychiatrie Erfahrenen durch ausgebildete Genesungsbegleiter\*innen in die Dienste der (Sozial-)Psychiatrie, aber auch in weitere relevante Versorgungsbereiche einzubringen (EXperienced INVOLvement).

In der Selbsthilfe zeigt sich insbesondere bei den Angehörigen psychisch Kranker seit der Pandemie eine sehr verstärkte Nachfrage. Die Gruppen, die sich nach verschiedenen Themen und Bedürfnissen ausdifferenziert haben, sind teilweise überlastet. Auffällig ist z.B. der gestiegene Bedarf an Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene.

### **128. Sitzung am 13.12.2023 - noch ausstehend.**

In dieser Sitzung werden die Unterarbeitskreise PSAG München aus ihrer Arbeit im Jahr 2023 berichten. Daraus werden u.a. Themenvorschläge für die Arbeit der PSAG München im Jahr 2024 entwickelt. Absehbar ist, dass der Bericht „Sichtbar“ und seine Handlungsempfehlungen behandelt werden.

Fester Bestandteil aller Sitzungen sind Informationen aus den teilnehmenden Fachbereichen und Institutionen über Veränderungen des Angebots sowie Personalien, über kommende Veranstaltungen etc..



## **Arbeitskreis „Suchthilfe“ des Gesundheitsbeirats**

Vorsitz: ██████████ Gesundheitsreferat

### **Bericht 2023**

#### **158. Sitzung am 14.03.2023 - digital**

In dieser Sitzung wurde die neue Struktur der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie des kbo-Isar-Amper-Klinikums vorgestellt. Die Klinik hat Bereiche für psychisch erkrankte bzw. suchterkrankte Straftäter\*innen. Die Vortragenden erläuterten den Unterschied zwischen Strafen und Maßregeln, so hat der Maßregelvollzug für suchtkranke und psychisch erkrankte Straftäter\*innen nicht die Aufgabe zu strafen, sondern die Zukunft in den Blick zu nehmen und die Gefährlichkeit der Täter\*innen für die Zukunft einzuschätzen und durch eine Behandlung zu reduzieren. Es sind also Maßnahmen zur Besserung und Sicherung. Es wurden die Behandlungsmethoden und der Behandlungsablauf vorgestellt sowie die Bedingungen des Übergangs in lockernde Maßnahmen und Nachsorge.

Ein ergänzender Vortrag der Bewährungshilfe musste kurzfristig entfallen und wird 2024 nachgeholt.

In der weiteren Sitzung wurde die Substitution drogenabhängiger Menschen während der Haft und insbesondere nach der Haftentlassung diskutiert. In den letzten Jahren hat sich nun auch in Bayern die Substitutionsbehandlung in den Haftanstalten weitgehend etabliert, schwierig und teils lebensbedrohlich gestaltete sich der Übergang zur Behandlung in einer niedergelassenen Praxis aufgrund der Kostenklärung, unterschiedlicher Substitutionsmittel etc.. Die Clearingstelle der Suchtberatung des GSR hat mit verschiedenen Kooperationspartner\*innen ein Verfahren zur verbesserten Kostenklärung entwickelt, weitere Gespräche sollen die zusätzlichen Themen aufgreifen.

#### **159. Sitzung am 11.07.2023 (gemeinsame Sitzung mit PSAG, in Präsenz)**

**Zum Jahresthema des Gesundheitsbeirats „Armut in München“ stellte die Fachstelle für Armutsbekämpfung den Münchner Armutsbericht vor. In der Diskussion wurden zunächst verschiedene generelle Aspekte aufgegriffen, wie etwa der Unterschied zwischen Männern und Frauen oder die verstärkte Armut von Migrant\*innen.**

**Armut bezieht sich jedoch nicht nur auf das Einkommen, sondern auch auf gesellschaftlichen Einfluss und Inklusion. Dieser Aspekt wird im Armutsbericht an mehreren Stellen erwähnt. Menschen mit gesundheitlichen - auch psychischen -**

**Problemen, sind in vielen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Dies trifft insbesondere auf Menschen mit stigmatisierten Erkrankungen zu. Bisher werden im Armutsbericht Menschen mit Suchterkrankung oder psychischer Erkrankung nicht speziell erfasst, obwohl diese Faktoren ein hohes Risiko für Armut darstellen. Das liegt auch daran, dass sich psychisch kranke und suchtkranke Menschen eher als krank definieren und weniger als explizit arm – und auch so wahrgenommen werden.**

Die Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, in die arme Menschen in München schnell geraten können, ist eine wichtige Maßnahme der sozialen Arbeit, die auch im Gesundheitswesen beachtet und ggf. eingeleitet werden sollte. Es ist wichtig, dass auch Arztpraxen und andere Institutionen des Gesundheitswesens Kenntnisse haben, wie Wohnungslosigkeit vermieden werden kann, damit Patient\*innen rechtzeitig angesprochen und vermittelt werden können. Eine entsprechende Broschüre der Wohnungsnotfallhilfe Südbayern wurde in der Sitzung ausgegeben.

**Als zweites Schwerpunktthema stellte das Koordinationsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) die Planungen für den 3. Münchner Aktionsplan vor.** Dieser steht unter dem Generalmotto „Bewusstseinsbildung“ und soll neben Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen erstmals auch suchtkranke Menschen adressieren und einbeziehen. Die Erarbeitung des Aktionsplans wurde sowohl inhaltlich wie auch bzgl. des zeitlichen Rahmens vorgestellt. Bereits ab Oktober werden sog. Strategiegruppen einberufen, um inhaltliche für die konkreten Maßnahmen des Aktionsplans vorzuarbeiten.

In der gemeinsamen Diskussion wurde einerseits thematisiert, inwieweit Personen mit einer Suchterkrankung sich als Menschen mit einer Behinderung verstehen, die von der UN-BRK erfasst werden. Zumal auch Suchterkrankungen sehr verschiedene Lebenslagen und Identitäten umfassen. Zum anderen wurden bereits konkrete Vorschläge zur Beteiligung von Personen, Selbsthilfeorganisationen oder Trägern der Suchthilfe gemacht. Selbstverständlich sollen auch weiterhin Personen und Organisationen aus dem Bereich der psychischen Behinderung mitwirken.

### **160. Sitzung am 10.10.2023**

Diese Sitzung war der Suchtrehabilitation gewidmet, die in München und Umland sowohl stationär als auch ambulant durchgeführt wird. Vertreter\*innen beider Angebote stellten die Rahmenbedingungen, das Behandlungskonzept und die aktuelle Auslastung bzw. den Bedarf vor.

Es zeigte sich, dass Anträge sowohl auf ambulante wie auf stationäre Rehabilitationsbehandlungen rückläufig sind. Es wird vermutet, dass viele Patient\*innen, die früher eine Rehabilitationsbehandlung wahrgenommen haben, nun andere Angebote wie Tagkliniken oder Ambulanzen der Kliniken bzw. Betreutes Einzelwohnen wählen.

Es besteht ein akuter Mangel an qualifizierten Entzugsplätzen, was ein Nadelöhr für die Reha darstellt. Dadurch werden Rehabehandlungen schwer planbar. Dies betrifft gleichermaßen Erwachsene wie Minderjährige. Das Thema Entzugsbehandlungen wird mit verschiedenen Akteur\*innen in einer der nächsten Sitzungen des AK Suchthilfe intensiver aufgegriffen werden.

### **161. Sitzung am 12.12.2023 - noch ausstehend.**

In dieser Sitzung werden die Unterarbeitskreise des AK Suchthilfe aus ihrer Arbeit im Jahr 2023 berichten. Daraus werden u.a. Themenvorschläge für die Arbeit des AK Suchthilfe im Jahr 2024 entwickelt. Bereits absehbar ist das Thema stationäre und ambulante Entzugsbehandlungen und Suchthilfeangebote für Minderjährige.

Fester Bestandteil aller Sitzungen sind Informationen aus den teilnehmenden Fachbereichen und Institutionen über Veränderungen des Angebots sowie Personalien, über kommende Veranstaltungen etc..

## Arbeitskreis „Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention“

Leitung: ██████████ Gesundheitsreferat

### Bericht 2023

Der Arbeitskreis „Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention“ hat im Jahr 2023 an vier Terminen stattgefunden.

Das Jahresthema „Armut und Gesundheit“ wurde thematisch in den Sitzungen aufgegriffen. Insgesamt wurden drei Themenbereiche im Arbeitskreis bearbeitet. Inhaltlich wurden die Sitzungen immer mit einem fachlichen Beitrag durch teilweise externe Referent\*innen und der Präsentation von konkreten Umsetzungsbeispielen und Projekten gestaltet. Im Arbeitskreis „Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention“ ist das Thema „Gesundheit und soziale Lage“ durch den Fokus auf die gesundheitliche Chancengleichheit grundsätzlich sehr präsent und oftmals Grundvoraussetzung für Maßnahmen und Projekte.

In 2023 wurden im Arbeitskreis thematische Schwerpunkte für die gemeinsame Arbeit gebildet.

Der Themenbereich **Psychische Gesundheit und soziale Lage** wurde mit vier Fachbeiträgen aus Theorie und Praxis behandelt. Die Teilnehmenden haben sich intensiv mit den Datengrundlagen zum Zusammenhang Soziale Lage und Psychische Gesundheit auseinandergesetzt. Die Praxisbeispiele zeigten, dass das Thema Psychische Gesundheit in vielen Bereichen noch stärker in den Fokus rücken muss und eine dauerhafte Implementierung wünschenswert ist z.B. Prävention an Schulen. Fachbeiträge waren:

- „**Armut – ein Thema für die Psychiatrieberaterstattung?**“, Frau ██████████ ██████████, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
- „**Youth Aware of Mental Health (YAM) - Suizidprävention in der Schule**“, Herr ██████████ ██████████, MHI Mental Health Initiative gGmbH
- „**Demenzfreundliche Apotheken**“ Frau ██████████ ██████████, Wissenschaftliches Institut für Prävention im Gesundheitswesen, Bayerische Landesapothekerkammer
- „**PasSt – Stärkung des psychischen Wohlbefindens im Stadtteil Ramersdorf**“ Frau ██████████ ██████████ und Frau ██████████ ██████████, MAGs – München Aktiv für Gesundheit e.V.

Der zweite Arbeitsschwerpunkt waren die Ergebnisse des Unterarbeitskreises „**Konzept Stadtteilgesundheit**“ und die damit verbundene Diskussion rund um die Gesetzesinitiative zu den Gesundheitskiosken. Seit gut einem Jahr liegt das Eckpunktepapier zum Thema „Gesundheitskiosk“ vor und seit Juni 2023 der Referentenentwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), der erste Details zur Ausgestaltung und Finanzierung darlegt. Die „Münchner Version“ eines Gesundheitskiosks sind die GesundheitsTreffe. In 2022/2023 wurde am Gesundheitsreferat in der Abteilung Stadtteilgesundheit in Kooperation mit dem Arbeitskreis ein Handlungskonzept für den GesundheitsTreff Hasenbergler erarbeitet. In den Workshops haben sich die Teilnehmenden mit dem bereits bestehenden Rahmenkonzept, den Strukturen der Gesundheitsförderung in München, Ideen zur Zukunftsfähigkeit der Stadtteilgesundheitsförderung und dem ersten Entwurf des Handlungskonzeptes auseinandergesetzt und fachlich Rückmeldung geben/konzeptionelle Weiterentwicklungen empfohlen.

Vor dem Hintergrund einer bevorstehenden Novellierung des Präventionsgesetzes hat sich der AK mit dem **Präventionsgesetz und seiner Umsetzung in München** auseinandergesetzt. Es wurden zentrale Inhalte des Gesetzes, das Vorgehen der Kommune sowie geförderte Projekte vorgestellt und durch konkrete Praxis Erfahrungen von Akteur\*innen ergänzt. Ziel war es, Möglichkeiten darzustellen, wie Akteur\*innen vom Präventionsgesetz profitieren können. Zwei Projektträger haben aus ihrer Erfahrung bei der Umsetzung und ihren Lessons learned berichtet. Besonders hervorgehoben wurde der hohe Abstimmungs- und Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Beantragung und Verwendung der Fördermittel von Krankenkassen.

Weitere fachliche Beiträge wurden zur Arbeit des Gesunden Städtenetzwerkes und zur elektronischen Patientenakte auf Wunsch der Teilnehmer\*innen des AK präsentiert.

#### **Fazit:**

- Armut muss als dauerhaftes Querschnittsthema in der Forschung und in der Gesundheitspolitik verankert sein bzw. in allen Politikfeldern mitgedacht werden, im Sinne des bekannten Ansatzes „Health in all Policies!“ (HIAP).
- Es müssen niedrigschwellige Zugänge zur Gesundheitsvorsorge für Bewohner\*innen in Quartieren mit hohen sozialen Herausforderungen geschaffen werden z.B. durch GesundheitsTreffe. Hier sollten verschiedene Akteure mit ihren Angeboten integriert werden, um ein attraktives Angebotsportfolio anzubieten.
- Die sozialogenbezogene Gesundheitsförderung in Schwerpunktgebieten sollte durch passende Partizipationsformate für die jeweiligen Zielgruppen, Netzwerkbildung mit lokalen Akteur\*innen und mehr Einbezug von ehrenamtlichen Strukturen und Selbsthilfe gestärkt werden.

- Bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes sollte die Aufwand- Nutzenrelation evaluiert werden, um sicherzustellen, dass der größtmögliche Effekt und Nutzen bei den Bewohner\*innen ankommt.
- Die Verstetigung von erfolgreich evaluierten Projekten muss sichergestellt werden, damit die innovativen Effekte aus den Modellprojekten nicht verloren gehen.

## Arbeitskreis „Versorgung“

Leitung bis 31.03.2023: ██████████ Gesundheitsreferat,  
Leitung ab 01.04.2023 ██████████ Gesundheitsreferat

### Bericht 2023

Für das Jahr 2023 plante der AK zunächst nur eine Sitzung.  
Der Vorstand des Gesundheitsbeirates hat im Mai 2023 die vorübergehende Einstellung des AK Versorgung beschlossen.

#### AK Versorgung am 13.03.2023

##### Studie Notfallversorgung in München

Die Ergebnisse der 2. Studie zur Notfallversorgung in München wurden von Herrn ██████████ vorgestellt. Grundlage zur Durchführung der Studie, war ein Stadtratsbeschluss von 2018. Das Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement (INM), ██████████ Herr ██████████, wurde damit beauftragt, eine Analyse der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen in der Notfallversorgung in München durchzuführen.

Die Kurzfassung der Studie ist zu finden unter: <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/7485625>

##### Ambulante Haus- und Kinderärztliche Versorgung (MVZ Riem, Förderprogramm)

Zur Verbesserung der ambulanten kinderärztlichen Versorgung im medizinisch unterversorgten Stadtviertel Messestadt Riem gibt es neue Erfolge. In der Messestadt wurde eine kinder- und jugendärztliche Praxis eröffnet, die von der München Klinik (MediCenter gGmbH) betrieben wird. Ob dieses Modell für andere Stadtteile umsetzbar ist, lässt sich nicht pauschal sagen, da viele Faktoren und Gegebenheiten Einfluss auf die Umsetzung/Gründung hatten.

##### Armutsbericht 2022 zum Thema Gesundheit

Im AK wurde auf den Armutsbericht 2022, Kapitel Gesundheit, hingewiesen. Themenfelder wie psychische Gesundheit, Lebenszufriedenheit und die Ergebnisse der Befragten zu medizinischen Leistungen und Medikamente sind abgebildet.

Der Armutsbericht 2022 ist zu finden unter:

[Münchner Armutsbericht – Landeshauptstadt München \(muenchen.de\)](https://www.muenchen.de/Armutsbericht)

##### Auswertung der Abfrage zum AK Versorgung

Die Umfrage über die Arbeitsweise und der Zufriedenheit mit dem Arbeitskreis Versorgung wurde per Mail am 01.02.2023 an die Mitglieder versendet, nachdem sie bereits im vorletzten AK besprochen und angekündigt wurde. Von 58 angeschriebenen Personen haben 7 Personen geantwortet, davon 4 stadinterne Rückmeldungen. Also eine außerordentlich schlechte Rückmeldequote.

## Arbeitskreis „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“

Leitung: [REDACTED] Gesundheitsreferat

### Bericht 2023

Der Arbeitskreis „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ hat sich in allen Sitzungen im Jahr 2023 mit dem Jahresthema „Armut und Gesundheit“ und mit der aktuellen Versorgungssituation psychisch erkrankter Kinder und Jugendlichen beschäftigt.

Es ging sowohl darum, Grundlagen zu verstehen als auch konkrete vielversprechende Projekte zur Versorgung in München vorzustellen bzw. kennenzulernen und sich – gerade zum Thema Versorgung – zu vernetzen.

Ein konkretes Arbeitsergebnis war die befristete Änderung der „Münchner Kriterien für Stellungnahmen/Gutachten im Rahmen der Bewilligung von Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII bzw. § 53 SGB“, erarbeitet von einer kleinen Arbeitsgruppe aus dem AK. Hierdurch soll zunächst befristet eine zügige Bewilligung von Eingliederungshilfen ermöglicht werden. Das Verfahren wird evaluiert werden.

Wie auch in den vergangenen Jahren wurden die Treffen des AK ebenfalls zum regen informellen Austausch genutzt. Die Teilnehmenden des AK schätzen gerade den Pausen-Teil sehr, den sie zur Vernetzung und Diskussion nutzen.

Als Fazit ist festzuhalten:

- Noch immer leiden Kinder und Jugendliche an den Folgen der Pandemie.
- Zwar betrifft dies alle Kinder und Jugendliche, doch sind die mit schlechteren finanziellen und sozialen Ressourcen vermehrt betroffen
- In München ist das Angebot von kinder- und jugendpsychiatrischer und psychotherapeutischer Versorgung zwar ausgesprochen gut (lt. KVB sogar teils Überversorgung), dennoch sind bestimmte Bereiche stark und teils überbeansprucht (z.B. Notfallversorgung Heckscher Klinik), und es ist zudem für viele Eltern schwierig und aufwändig, sowohl im ambulanten wie auch stationären Bereich Unterstützung und Hilfe für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu erhalten. Es besteht das Risiko, dass oft gerade diejenigen mit weniger Ressourcen scheitern, die den größten Bedarf haben.



- Vernetzung hilft! Zum Beispiel war es im Setting des AK möglich, sehr niederschwellig und ohne viel Zeitverlust eine interdisziplinäre AG aus verschiedenen Hilfesystemen zur befristeten Änderung der Münchner Kriterien einzuberufen (siehe oben).
- Für 2024 sind wieder verstärkt Fachthemen geplant (Themenwahl steht noch bevor). Themenspeicher: Geschlechtsinkonguenz, Medien: Umgang mit „schlechten Nachrichten“ und Auswirkung auf die seelische Gesundheit von K u J, Suchtberatung u.a.

Zum Jahresende 2023 wird Frau [REDACTED] die Leitung des Arbeitskreises „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ wegen Änderung des Aufgabenzuschnitts im GSR abgeben. Ihre Nachfolgerin wird Frau [REDACTED], Leiterin des SG GVO22 im GSR „Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“. Stellvertretende AK Leiterin bleibt Frau [REDACTED], MÜK Klinik für Kinder- und Jugendpsychosomatik.